

Nachrichten



Eisschollen treiben im Stader Hafen - die Pläne für den großen Ausbau sind derzeit blockiert. Foto Berlin

Die großen Hafenpläne liegen auf Eis

Hintergrund: N-Ports wartet auf das Schallgutachten der Stadt Stade - Vieles hängt an den Kraftwerksplänen von GDF Suez

STADE. Die Planungen des großen Stader Seehafens dümpeln vor sich hin. Grund: die Lärmkontingente, die die Stadt Stade für das Gebiet festlegen muss. Solange die nicht stehen, kann das Planfeststellungsverfahren für die 40 Hektar große Hafenerweiterung nicht vorangetrieben werden. Weiter geht es mit der ersten kleinen Hafenerweiterung, für die ein verbindlicher Bebauungsplan steht. Wegen der Krise, die besonders Schifffahrt und Hafenerwirtschaft erfasst hat, ist allerdings der Zeitdruck bei der Hafenerweiterung raus.

Stades Bürgermeister Andreas Rieckhof weiß, dass es dringend Zeit wird, den Rahmenplan Schallschutz vorzulegen. Er war schon für 2009 angekündigt. "Bis zum Frühjahr steht der", sagt Rieckhof. Er bringt die Problematik mit den Lärmkontingenten bildhaft auf den Punkt: "Das ist wie eine zu kleine Bettdecke, unter die eine ganze Familie kriechen möchte, und jeder zerrt an einem anderen Ende."

Vier Aspekte seien bei der Aufstellung des Rahmenplans ausschlaggebend, sagt Rieckhof: die Vorbelastung durch die vorhandenen Betriebe AOS und Prokon Nord die Einstufung der Schutzwürdigkeit der angrenzenden Anrainer (Misch- oder Wohngebiet) der Vorrang für die Hafenerweiterung, die im Landesraumordnungsprogramm festgelegt ist der städteplanerische Abwägungsprozess der unterschiedlichen Interessen.

Bei diesem Abwägungsprozess wird es offenbar eng. Hinter alle dem steht auch die Frage, was mit den Kraftwerksplänen von GDF Suez passiert. Rieckhof hält sich bei diesem Thema bedeckt. Er will den Rahmenplan abwarten, bevor er sich festlegt. Es liegt die Vermutung nahe, dass es sehr knapp mit der Realisierung eines Kraftwerks werden könnte - vor allem, wenn der Hafenerweiterung durch die übergeordnete Landesplanung der Vorrang eingeräumt werden muss. Darauf möchte der Bürgermeister keinesfalls verzichten: "Das ist eine historische Chance, Stade wieder zu einer Hafenstadt zu machen."

In der Berliner Niederlassung von GDF Suez hält man sich bedeckt. Auf die TAGEBLATT-Nachfrage, ob es einen Rückzieher gebe, heißt es lapidar: "Derzeit gibt es bei uns nichts Neues."

Der Cuxhavener Niederlassungsleiter von der niedersächsischen Hafengesellschaft N-Ports, Hans-Gerd Janssen, der für die Stader Planung zuständig ist, spricht es offen aus: "Es wäre alles viel leichter, wenn GDF Suez einen Rückzieher machen würde." Dann könnte das mit dem Lärm wohl gerade hinkommen, mutmaßt der Hafenplaner. Auf jeden Fall liegen die Planfeststellungsunterlagen solange auf Eis, bis das Lärmkontingent feststeht.

Auch sind die Ausschreibungen für eine Vermietung der Hafenanlage zunächst ausgesetzt. Janssen: "Ich kann nur ausschreiben, wenn ich eine baureife Planung habe." Die könnte 2011 vorliegen, wenn alles reibungslos laufe. Es dürften aber keine Klagen kommen, sagt Janssen.

Damit droht zumindest die Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Industrie aus Bützfleth (BI) bisher nicht. Deren Sprecherin Sabine Klie kündigt zwar an, alles genau prüfen und beobachten zu wollen, aber Klagen seien nicht angedacht, wenn alles nach Recht und Gesetz liefere. Klie: "Wir werden eigene Lärmmessungen vornehmen und für eine Einstufung der anliegenden Siedlungen als Wohngebiet kämpfen." Die Frage, ob es sich um ein Wohn- oder Mischgebiet handelt, ist entscheidend für die Lärmgrenzen. Bei einem Wohngebiet darf weniger Schall ankommen. Knackpunkt ist hier vor allem die nächtliche Lärmbelastung. Denn sowohl die Industrie vor Ort als auch der Hafen arbeiten rund um die Uhr.

Ins Rollen gebracht hatte die BI die Änderungen durch die Klage vor dem Oberverwaltungsgericht gegen den ursprünglichen Bebauungsplan, der ein Kohlekraftwerk vorsah. Das Gericht hatte die Klage angenommen und schon im Vorwege bemängelt, dass die Lärmvorgaben nach Flächenkontingenten festgelegt werden müssten. Daraufhin hatte die Stadt reagiert, das Schallgutachten in Auftrag gegeben und die Bebauungspläne überarbeitet. (pa)

20.01.2010

 Artikel drucken

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG

Fenster schließen